

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 17. August 1928
10. Jahrgang, Nummer 191

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,30 Mk., unter Einrechnung 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die dreizehnpaltige Mittelzeile oberer oder unterer Spalte 12 Pf., Werbespalten und Werbefeldanzeigen 8 Pf. Kolonnenpreis: Die dreizehnpaltige Mittelzeile oberer oder unterer Spalte 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme: bei Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 560 20. Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 288 37. Expeditionsstellen: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 288 37. Expeditionsstellen: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 288 37. Expeditionsstellen: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 288 37.

Panzerkreuzer statt Brot für Erwerbslose!

Der Reichsarbeitsminister führt den Beschluß des Reichstages zur Verlängerung der Unterstützungsdauer nicht durch

(Eig. Bericht.) Berlin, 16. August.

Der Reichstag hatte noch kurz vor seinem Auseinandergehen auf die Initiative der kommunistischen Fraktion einen Beschluß gefaßt, dessen wesentlichster Inhalt die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Fabrikarbeiter in den zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufsgruppen und die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge von 26 auf 39 Wochen ist. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister Wiffell eine Verordnung herausgegeben, die einfach über den Beschluß des Reichstages hinweggeht. In dieser Verordnung wird die Krisenunterstützung ausgedehnt auf die Glasindustrie und das Bühnenpersonal. Der Beschluß des Reichstages, alle ungelerten und angelernten Fabrikarbeiter in der Metallindustrie, Holzindustrie usw. ohne weiteres als krisenunterstützungsberechtigt einzubeziehen, wird in der Verordnung ignoriert. Es wird lediglich angeordnet, daß der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes nicht mehr über die Anträge dieser Fabrikarbeiter zu entscheiden braucht, es bleibt jedoch dabei, daß die Fabrikarbeiter nicht wie die anderen Arbeiter ohne weiteres Krisenunterstützung bekommen, sondern daß sie auch weiter erst ein Gesuch einreichen müssen. Der Reichstag hatte weiter beschlossen, daß die Krisenfürsorge bei einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes auf sämtliche Berufsgruppen ausgedehnt sei. Trotzdem der Arbeitsmarkt sich ständig verschlechtert, hat der Reichsarbeitsminister die Krisenfürsorge nur auf die Glasindustrie und das Bühnenpersonal ausgedehnt. Er hat also auch in diesem Punkt den Beschluß des Reichstages faktisch aufgehoben. Gegenüber dem Beschluß des Reichstages auf Verlängerung der Unterstützungsdauer der Krisenfürsorge bringt die Verordnung des Reichsarbeitsministers nur eine Verlängerung der Unterstützungsdauer für ältere Angestellte über 40 Jahre von bisher 39 Wochen auf 52 Wochen. Der Reichstag hatte verlangt, daß diese Verlängerung nicht nur für die älteren Angestellten, sondern auch für die Arbeiter über 40 Jahre durchgeführt werden sollte. Wiffell hat sich auch darüber hinweggesetzt.

Der Beschluß des Reichstages, außerdem allgemein für alle Arbeiter und Angestellten, also für die jüngeren, die Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen zu verlängern, wurde von Wiffell und der Regierung überhaupt nicht berücksichtigt. In der offiziellen Kundgebung der Regierung heißt es, daß die Regierung diese Forderung grundsätzlich anerkenne — das hat auch die Bürgerblockregierung schon getan —, daß sie aber ihre Durchführung auf unbestimmte Zeit verschieben müsse. Das ist eine glatte Aufhebung des Beschlusses des Reichstages. Der Reichstag hatte noch Erleichterungen für die Notstandsarbeiter beschlossen, wovon die Regierung überhaupt nichts erwähnt.

Diese skandalöse Verordnung geht nicht nur von Wiffell aus, sondern ist auch von der Regierung, in welcher SPD. und Demokraten die Mehrheit haben, angenommen, und zwar zur gleichen Zeit, wo man einstimmig den Bau des Panzerkreuzers A beschloß.

Das ist der zweite große Schlag der Hermann-Müller-Regierung gegen die Arbeiterklasse. Den sozialdemokratischen Wählermassen müssen jetzt die Augen aufgehen. Das Zusammenreißen dieses Beschlusses der Reichsregierung zur Erwerbslosenunterstützung mit dem Beschluß zum Panzerkreuzerbau, die Gegenüberstellung dieser beiden Handlungen, zeigt jedem den Charakter dieser Regierung. Die vollkommene Unterordnung ihrer Handlungen unter die Interessen des Trustkapitals kommt auch bei diesem Beschluß klar zum Ausdruck. Interessant ist die Vorgeschichte dieses Beschlusses. Wiffell hatte den Entwurf dieser Verordnung dem Ausschuß für Krisenfürsorge bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Begutachtung vorgelegt. Dieser Ausschuß setzt sich zu einem Drittel aus Gewerkschaftsvertretern, einem Drittel aus Behördenvertretern und einem Drittel aus Unternehmervertretern zusammen. Das ist wahrlich keine Körperschaft, welche die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Trotzdem hat diese Körperschaft gegen die Stimmen der Unternehmervertreter eine Entschließung angenommen, in welcher es u. a. heißt:

„Der Ausschuß stellt mit Befremden fest, daß die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Entwürfe den Beschlüssen des Reichstages nicht entsprechen....“

Fast ganz unberücksichtigt geblieben sind die Reichstagsbeschlüsse in bezug auf die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge. Der grundsätzliche Forderung des Reichstages, die Dauer allgemein von 26 auf 39 Wochen zu verlängern, ist nicht Rechnung getragen worden. Nur für die über Vierzigjährigen ist eine Verlängerung bis zu 52 Wochen zugelassen, jedoch auch diese ohne rückwirkende Kraft. Der Ausschuß erklärt mit aller Entschiedenheit, daß er die allgemeine Ver-

längerung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen für notwendig hält.“

Diese Maßnahme der Regierung enthüllt einen weiteren Wahlschwandel der SPD. In der Wahlagitation hat die Sozialdemokratie erklärt, daß sie den Reichswehretat um 200 Millionen kürzen werde, um die Mittel für eine Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, Kriegsrenten usw. zu benutzen. Statt dessen bewilligt sie nicht nur den Panzerkreuzer, sondern hebt jetzt in der Regierung einen Beschluß des Reichstages zur Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung direkt auf. Krasser kann der Wahlbetrug und die kapitalistische Politik der Sozialdemokratie nicht in Erscheinung treten.

Die Stellungnahme der Regierung in der Krisenfürsorge entlarvt auch die Entschädigung der Sozialdemokratie, daß man dem Panzerkreuzerbau zustimmen mußte, weil ein Beschluß des alten Reichstages vorlag, als eine glatte Lüge. Denn hier hat die Regierung sogar einen Beschluß des neuen Reichstages

ohne Bedenken aufgehoben. Die formale Demokratie spielt für die Sozialdemokratie nur dann eine Rolle, wenn sie, wie beim Panzerkreuzer, den die Durchsetzung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie brauchbar ist und sie setzt sich ebenso wie die Bourgeoisie glatt darüber hinweg, wenn es sich um soziale Maßnahmen zu Gunsten der Arbeiterklasse handelt. Die Bürgerblockregierung hätte nicht anders entscheiden können.

Dieser neue Verrat der Sozialdemokratie an den Arbeiterinteressen, diese neue Enttarnung des Wahlbetrugs der Sozialdemokratie, den die schlesische und ober-schlesische SPD-Pressen in einen Erfolg der SPD-Minister umflücht, muß dazu führen, daß in den nächsten Wochen der Sturm gegen die Regierung und die Sozialdemokratie noch stärker wird.

Fort mit der Panzerkreuzerregierung, die kein Geld für die hungrigen Arbeiter und Angestellten hat, aber desto mehr für Kriegsrüstungen.

Unter dem Druck der Massen!

Beruhigungsbillen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion — Sie „bedauern lebhaft“ — Kein Arbeiter darf sich blenden lassen

Berlin, 15. August.

Wie mitgeteilt wird, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in gemeinsamer Sitzung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen, die Fraktion und den Parteiausschuss auf den kommenden Sonntag einzuberufen. Außer der Panzerkreuzer-Angelegenheit wird die Krisenfürsorge besprochen werden. In der heutigen Sitzung wurde noch folgende Entscheidung angenommen:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettsitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie — in Übereinstimmung mit der Gesamtpartei — entschiedene Gegner des Baues des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben.“

Wie ferner mitgeteilt wird, wird der sozialdemokratische Parteiausschuss am Sonntagabend zusammentreten und sich mit der Panzerkreuzer-Frage und der Krisenfürsorge befassen.

Die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion sind die Folge des Sturmes der Entrüstung und

Vom Tage

Wie französische Abendblätter melden, haben die Regierungen Englands und Frankreichs in einer gestern in Sofia gemeinsam unternommenen Demarche von der bulgarischen Regierung energische Maßnahmen zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung in Mazedonien verlangt.

Der Zweibrückener Zwischenfall ist nunmehr dadurch beigelegt worden, daß der verhaftete Polizeikommissar Bauer aus der Haft entlassen worden ist. Damit ist das letzte formale Hindernis für die Reise Strejmanns nach Paris und die Unterzeichnung des völlig wertlosen Kellogg-Paktes beseitigt worden.

Der deutsch-nationale Abgeordnete Lambach hat gegen das Urteil des Landesverbandes Potsdam II auf Ausschluß aus der Partei Berufung eingelegt.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, soll wegen der Ausschreitungen bei der Kundgebung des Landbundes in Pritz gegen den Geschäftsführer des Landbundes sowie gegen 30 Mitangehörige Anklage erhoben worden sein. (Was bei unserer Klassenjustiz bei dieser Anklage herauskommen wird, weiß jeder Arbeiter.)

In Spalato (Jugoslawien) kam es am Mittwoch nachts wegen Ratifizierung der Rettungsverträge durch die Belgrader Skupština zu Straßenemonstrationen, bei denen die Polizei „Schredschüsse“ abgab und zahlreiche Verhaftungen vornahm.

Empörung, den die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau in allen Teilen des Reiches unter den sozialdemokratischen Arbeitern ausgelöst hat. So offensichtlich ist der Betrug an den sozialdemokratischen Wählermassen, daß Reichstagsfraktion und Parteivorstand, die bisher alle Taten der Hermann-Müller-Regierung gedeckt haben und nach ihrer ganzen Einstellung innerlich mit ihren Panzerkreuzerministern einig sind, eine Seltene machen und den Anschein erwecken müssen, daß sie von ihren Ministergenossen abrücken. Der Krach in der Mitgliederpartei hat auch einen Krach innerhalb der Fraktion zur Folge gehabt. Herr Canold hat bereits vor einigen Tagen in der „Volksmacht“ darauf hingewiesen, daß einige prominente sozialdemokratische Abgeordnete in einem Telegramm nach Berlin die Minister vor einer Zustimmung zum Panzerkreuzerbau gewarnt hätten.

Kein Protest über den Betrug an den Wahlversprechungen, keine Verurteilung der Unterstützung der Aufrüstungen des neuen deutschen Imperialismus, keine Forderung auf Austritt aus der Regierung, sondern ein höfliches „Bedauern“. Und auch dieses ist Deutschland. Parteivorstand und Reichstagsfraktion sind die Träger jener verruchten Politik der deutschen Sozialdemokratie, die wie ein Fluch auf der deutschen Arbeiterklasse lastet. Jener Politik, die gipfelt in der Vergiftung der Massen durch demokratische Illusionen, parlamentarischen Kriticismus, Erregung des Klassenkampfes durch den Glauben an Wirtschaftsdemokratie und Volksgemeinschaft usw. — Waren es nicht Parteivorstand und Reichstagsfraktion, die den Gedanken der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse geopfert haben der Ideologie der Unterstützung der Bourgeoisie des eigenen Landes, und die Landesverteidigung, Bewilligung des Reichswehretats, bedekten?

Ist es nicht Hölle wie Jade, ob man 800 000 Mark Reichswehrausgaben oder den Panzerkreuzer bewilligt. Die unfreiwillige „Opposition“ der SPD. während der Bürgerblockregierung ändert daran nichts, denn auch während dieser Episode hat sie nicht aus grundsätzlichen Motiven, sondern unter Berufung auf „Sparmaßnahmegründe“ Reichswehrausgaben bemäkelt und betriefft. Im Moment, als die SPD. wieder Regierungspartei wurde, mußte sie als Stütze der deutschen Bourgeoisie in einer allen Arbeitern deutlich erkennbaren Weise sich als die Partei des Sozialimperialismus entpuppen. Nur deshalb das „lebhaft bedauern“, das an der grundsätzlichen Politik der SPD. nichts ändern kann und wird.

Diesem sozialdemokratischen Arbeiter, die nunmehr ihre Hoffnung auf den Parteiausschuss setzen, werden sehr schnell enttäuscht werden. Die SPD. kann gemäß ihrem Programm und ihrer Gesamtpolitik keine andere Politik treiben als die des Klassenverrats und der Unterstützung des deutschen Imperialismus.

Zimmerlin zeigen die schnell zustande gekommenen Beschlüsse, daß die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter so stark war, um eine krisenhafte Situation in der SPD. hervorzurufen. In dieser Situation sind es wiederum besonders die „Linken“, die durch eine Scheinopposition die an der Partei ihre gewordenen Massen bei der Stange halten wollen. Es gilt jetzt für alle Kommunisten, dafür zu sorgen, daß die Welle der Empörung nicht durch billige linke Phrasen und zu nichts verpflichtende Beschlüsse der Fraktionen gehemmt wird. Dieser Welle der Empörung Festigkeit und ideologische Klarheit zu geben, ist die Aufgabe der Kommunisten.

Max Hoelz bei Rudolf Margies

Ein Ueberfallkommando gegen Hoelz aufgebildet

Anlässlich seiner Kasseien im Ruhrgebiet am vergangenen Sonntag suchte Genosse Max Hoelz den Genossen Rudolf Margies im Zuchthaus Münster auf, wo dieser unerschrockene Klassenkämpfer und Revolutionär noch immer von der Klassenjustiz der demokratischen Republik trotz Amnestie eingekerkert gehalten wird.

Genosse Max Hoelz, der selbst vor sieben Jahren im Zuchthaus Münster gesessen hat, betrat nun das Zuchthaus und verlangte den Direktor zu sprechen. Der Schlichter erklärte zunächst, daß wegen einer Sprecherlaubnis zu Rudolf Margies „der Herr Direktor gar nicht nötig sei“. Als er jedoch den Namen des Besuchers, „Max Hoelz“, hörte, änderte sich die Situation. Er verschwand für eine Viertelstunde und erklärte dann, Genosse Hoelz müsse warten, bis der Direktor zurückkäme. Längere Zeit verging, bis schließlich erklärt wurde, der Direktor sei verreckt. Genosse Hoelz gab sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden, sondern forderte energisch, ebenso behandelt zu werden, wie an der e Besuch und stellte fest, daß die angebliche Abwesenheit des Direktors offenbar eine launische Blöde sei, um seinen Besuch bei Margies zu verhindern.

Kunmehr ertönen plötzlich ein Ueberfallkommando und forderte Genossen Hoelz auf, das Haus zu verlassen, was er jedoch

ablehnte. Etwa ein halbes Duzend Beamte, außerdem Schupo-Leute und Inspektoren hatten sich versammelt, wagten es aber nicht, Genossen Hoelz anzugreifen. Inzwischen hatten der Abgeordnete Genosse Schubert und die Genossin Franke Hoelz bereits mit Margies gesprochen, während die Erlaubnis für Max Hoelz noch immer abgelehnt wurde. Nachdem schließlich die Schupo den Oberinspektor Kleinlaut gebeten hatte, sich wieder entfernen zu dürfen, gab die Zuchthausverwaltung endlich nach.

Das Zusammentreffen von Hoelz und Margies, dieser beiden proletarischen Revolutionäre, denen die Schandjustiz besonders barsch mißgespielt hat und deren Namen immer im Mittelpunkt des Kampfes um die Amnestie gestanden haben und weiter stehen werden, fand statt. Die beiden umarmten sich herzlich und herzlich. Für beide waren diese Augenblicke sicherlich ein Duell neuer Kraft, für Margies, um weiter auszuhalten, bis die Arbeiterschaft auch seine Freiheit erlangt hat, für Hoelz zum neuen Anfang in der Bewegung! Für die gesamte Arbeiterschaft aber muß dieser Besuch des Genossen Hoelz bei Rudolf Margies gleichfalls ein Appell sein, ihre Kräfte im Kampf um die Vollamnestie zu verzehnfachen!

Die oppositionellen Delegierten der Metallarbeiter rechnen ab

Neue Sturmjahren auf dem D.M.V.-Verbandstag — Mandatsprüfungskommission beschließt Kasserierung der oppositionellen Berliner Mandate

Karlsruhe i. B., den 11. August.

Auch heute, dem zweiten Tag des D.M.V.-Verbandstages, kam es zu hitzigen Szenen.

Trotz der Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten rechneten die oppositionellen Redner mit der Politik der reformistischen Führung ab. Auf die schlechte, zusammenhanglose und schwächliche Rede Reichelts antwortete die Opposition mit klaren und scharfen Ausführungen.

Die Opposition hat eine Entscheidung zum Geschäftsbericht eingereicht, die der Metallarbeiterchaft Ziele und Wege weist.

Kein Wunder, daß die reformistische Mehrheit nervös ist und durch Lärmen die sauberen Argumente erschwert. Dazu kommt, daß der Verbandstag ganz unter dem Eindruck der Dinge steht, die sich vorläufig noch hinter den Kulissen abspielen.

Die Mandatsprüfungskommission hat mit vier gegen drei Stimmen die Kasserierung der Berliner oppositionellen Mandate beschlossen. Es haben sich also sogar zwei SPD-Delegierte in der Kommission gegen diese ungeheuerliche Prozedur gewandt. Je näher der Zeitpunkt rückt, an dem der Verbandstag selbst seine Entscheidung treffen muß, um so gespannter wird die Atmosphäre. Zurzeit tobt der Kampf in der SPD-Fraktion, deren Vorkämpfer heute die Opposition glänzend nachweisen und dabei die heuchlerischen Erklärungen vom „Abbau der fraktionellen Bindungen“ auf ihrem wahren Wert zurückschleudern konnte.

Die Opposition brachte auch eine Resolution ein, in der gegen die imperialistischen Kriegstreiber und auch gegen den Bau des Panzerkreuzers protestiert wird.

Heute nachmittag demonstrierten die Karlsruher Metallarbeiter vor dem Tagungsgebäude. Der Vorstand wollte, ohne den Verbandstag offiziell zu benachrichtigen, nur einige Redner hinausjagen. Es bedurfte des energischen Eingreifens der Opposition, um durch-

zugehen, daß der Verbandstag seine Sitzung unterbrach und den Delegierten Gelegenheit zur Demonstration zu erschaffen. Ein typisches Symptom!

Der Verbandstag steht vor einer ungeheuer ernstesten Entscheidung. Metallarbeiter im ganzen Reich! Blickt auf Karlsruhe!

Den Bericht über den ersten Sitzungstag veröffentlichen wir heute auf der Beilage, über den zweiten Verhandlungstag veröffentlichen wir morgen weitere Einzelheiten.

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung Hindenburg lobt die Flotte

11. Wilhelmshafen, 16. August. Bei der Flotte ist folgendes Schreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg nach dem Besuch in Kiel eingegangen: „Die Schießübungen der Flotte, an denen ich teilgenommen habe, haben mich in hohem Maße interessiert und befriedigt. Mit meiner Anerkennung an alle Beteiligten verbinde ich meine besten Wünsche für weitere erfolgreiche Durchführung der kommenden Manöver.“

Nur einem Staatsstreich in Polen

11. Warschau, 15. August. Die halbamtliche „Epoca“ bringt am Mittwoch eine Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Bartels, der sich gegenwärtig in Marienbad aufhält und in den nächsten Tagen nach Frankreich reisen wird. Bartels wandte sich zunächst gegen die in der polnischen Presse verbreiteten Gerüchte über seine angebliche geheime Abreise von Warschau und erklärte, daß sogar Pilsudski vor seiner Abreise noch eine Stunde lang bei ihm gewesen sei. Ueber die

bevorstehende Verfassungsänderung in Polen, mit deren Plan man sich gegenwärtig in Warschau politischen Kreisen lebhaft beschäftigt, erklärte er, daß die Initiative dazu nicht von der Regierung, sondern von der Regierungspartei (Partei Pilsudski, die über alle Machtmittel verfügt. Die Red.) im Gejam ausgehen werde. Die Arbeiten zur Vorbereitung der Verfassungsänderung seien im Gange. Er werde sich selbst aber erst nach seiner Rückkehr nach Polen darüber unterrichten. Eine Änderung der gegenwärtigen polnischen Verfassung müsse auf jeden Fall erfolgen, in welcher Weise, müsse man aber abwarten. Zum Schluß der Unterredung richtete Bartels die Aufforderung an die polnische Bevölkerung, keine ausländischen Waren zu kaufen.

Frankreich wird mit der Nanling-Regierung verhandeln

11. Paris, 15. August. Wie mitgeteilt wird, wird der französische Generalkonsul in Shanghai in aller nächster Zeit mit der Nanling-Regierung wegen Regelung der Nanling-Zollensfälle Fühlung nehmen. Wie der halbamtliche „Matin“ erklärt, wird auch die Frage der etwaigen Revision der Verträge hierbei zur Sprache kommen. In diesen Punkten habe sich die französische Auffassung nicht geändert. Frankreich sei bereit, sobald die Umstände es gestatten, mit den verantwortlichen chinesischen Behörden Verhandlungen zu führen. Die französischen Vertreter in China würden nicht verschlen, mit den offiziellen Stellen von Nanling zusammenzuarbeiten.

Typhusepidemien

11. Hannover, 15. August. Wie der Kreisarzt des Kreises Norden (Districk) mitteilt, ist in einigen Ortschaften des Kreises Typhus ausgebrochen. Die Gesamtzahl aller an der Seuche erkrankten Personen beträgt bisher 42. Bislang seien zwei Todesfälle zu beklagen. Die Erkrankungen sind aber meist leichter Art, so daß die Vorbeugungsmaßnahmen ein weiteres Umschlagreifen verhindern dürften.

11. Potsdam, 15. August. In der Nähe Potsdams in Caputh, Ferch und Fahrland sind in den letzten Tagen mehrere Personen unter Typhusverdacht erkrankt. In den Isolierbaracken des Potsdamer Krankenhauses liegen zurzeit neun Personen, bei denen die Untersuchung ergeben hat, daß es sich tatsächlich um Typhus handelt.

Kleine politische Nachrichten

Abwurf eines englischen Bombenflugzeuges — 11. London, 15. August. Nach einer Mitteilung des Luftfahrtministeriums sind bei dem Abwurf eines in den Lüften liegenden englischen Bombenflugzeuges zwei Flieger getötet und ein dritter leicht verletzt worden. Die Zahl der in diesem Jahr durch Unglücksfälle getöteten Angehörigen der britischen Luftstreitkräfte steigt damit auf 83. Diese Zahl liegt nur noch um zwei hinter der Gesamtzahl für das Jahr 1927.

Neue Sturmverheerungen in Florida. — 11. London, 14. August. Der Orkan, der an der Küste von Florida vor einigen Tagen großen Schaden anrichtete, bewegt sich nunmehr nach dem Innern des Landes. Die Stadt Tallahassee wurde am Dienstag von einer Windsturm erfasst, die eine Geschwindigkeit von 80 Stundenmeilen erreichte und von starkem Regen begleitet war. Die Telephonmasten wurden niedergebissen und die Verbindungen in einem Umkreis von 30 Meilen unterbrochen. Die Stärke des Windes, der sich langsam nach dem Westen und Norden zu bewegt, nimmt noch zu. Die Eisenbahnverbindungen nach Tallahassee sind teilweise unterbrochen.

Schwere Cholera-Epidemie in Madras. — 11. London, 15. August. In Madras sind der Cholera bisher Hunderte von Personen zum Opfer gefallen.

Dein Körper gehört Dir
Ein Roman von Victor Marguerite.
Autorisierte Uebersetzung von Joseph Chapiro.
Copyright by Verlag Erich Reiß, Berlin.

Er näherte sich, immer noch scherzend. Aber die Schlander schnelkte zurück, die Augen starr. Sie trat ihn mitten auf die Stirn. Seine abgewinkelte Chikanerie wurde Jörn, sein oberflächlicher Wunsch Eigenmann. Uebererragt stürzte er sich auf sie: „Warte!“

Auch er hatte einen Furchen aus dem Korb gepackt und ehe sie die Hände zum Schutz vorbreiten konnte, geräuschlos er ihr die reife Frucht zwischen den Augen. Der bunte Saft ließ sich über ihr Gesicht. Sie schwanzte, gelbender. Da umschloß er sie und drückte sie eng an sich. ... War niemand auf der Straße? Er hielt sie an sich gepreßt und mißbrauchte seine Kraft um so mehr, als Epi, plötzlich unterwerfen, ihm seinen großen Widerstand entgegensetzte. Nur noch sie mit niedergedrücktem Gesicht vor seinem Munde, der den ihren suchte. Sie wußte nicht, ob sie den Wunsch hatte, ihn wegzuschleppen, ihn zu heißen — oder der Todung des Hauses nachzugehen, die ihr ganzes Wesen spannte.

Schwägerin mit Costalet zusammenjah — in einer Verlegenheit, die keinen Zweifel über ihre Beziehungen, und ihn mehr vermuten ließ als tatsächlich vorlag —, war er derart erstaunt, daß er heftig am Jügel riß: das Führerwerk stand mit einem Ruck still. „Das ist ja allerliebst! Und mitten auf der Landstraße ... Schämt ihr euch denn gar nicht?“

„Nur einem Staatsstreich in Polen“

Wie über die Wiese heimig. Ihre Mutter erwartete sie vor dem Gitter des Hünerhofes: „Es ist auch bald Zeit!“ meinte sie. „Mach' deine Arbeit fertig, nachher haben dein Bruder und ich mit dir zu reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Die neue Eisenbahn-Betriebsordnung

Während der Generaldirektor der Reichsbahn, D o r p m ü l l e r, in Bayern „inspiziert“ und dabei den Opfern der letzten Eisenbahnkatastrophen, die Folge seiner profitorientierten Politik, sein und der Reichsregierung Weisheit ausgesprochen hat (auch eine Entschuldigung), hat der Reichsverkehrsminister v. G u e r a r d eine neue Eisenbahn-Betriebsordnung erlassen, die am 1. Oktober in Kraft treten soll. Soweit wir die in der Verordnung enthaltenen Maßnahmen kennen, stellen sie nichts anderes dar, wie eine halbe Maßnahme, die angeblich zur Herbeiführung der Betriebssicherheit dienen soll. Wo bleibt aber, so fragen wir,

die Beseitigung der Dienstbauervorschriften,

die fast von der gesamten Presse gleich nach dem letzten Unglück als dessen Hauptursachen bezeichnet wurden? Hat man schon wieder vergessen, daß die Beamten auch an dem Unglückstage von 4 bis 12 Uhr und dann wieder von 20 bis 4 Uhr, also innerhalb 24 Stunden 14 Stunden Dienst verrichten mußten? Es ist doch allgemein bekannt, daß die Beamten und Arbeiter, die unter die Bestimmungen der Dienstbauervorschriften fielen,

bis zu 16 Stunden Schichtzeit am Tage haben.

Nach diesen Feststellungen wäre es Pflicht des Reichsverkehrsministers gewesen, in seiner neuen Eisenbahn-Betriebsordnung vor allem die Frage der unmenslichen Dienstschichten zu behandeln, sie zu beseitigen. Soll nach wie vor die Reichsbahnverwaltung die alleinige Entscheidung über die Dienstbauervorschriften haben und damit den Raubbau an der Beamtenschaft systematisch fortsetzen? Daß hier die gegenwärtige Regierung wie die gewesene mit der Reichsbahnverwaltung konform geht, ist keine Neuerscheinung. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den bekannten Schiedspruch, den der Unterstaatssekretär außer Dienst, Prof. v. M i l l e n d o r f, im Auftrage des Reichsarbeitsministers am 5. September 1927 zur Frage der Dienstbauervorschriften gefällt hat, nach welchem die Reichsbahnverwaltung allein über die Arbeitszeit bzw. Dienstbauervorschriften entscheidet. Es ist angebracht, diesen Schiedspruch der Öffentlichkeit, insbesondere den Eisenbahnern, nochmals bekanntzugeben. Er lautet:

„Die Schlichtungskammer hält sich zur Entscheidung des Streitfalles nicht für zuständig, da im vorliegenden und letzten Mah der Ziffer 1 der Vereinbarung vom 7. April 1927 nicht zum Ausdruck kommt, daß die dienstrechtlichen Bestimmungen über die Dienstbauervorschriften künftig der alleinigen Entscheidung der Reichsbahnverwaltung entzogen werden sollen.“

Damals war der Zentrumsmminister Brauns verantwortlich für diesen Schiedspruch.

Heute ist ein sozialdemokratischer Arbeitsminister im Kabinett Müller.

Seine Pflicht wäre es gewesen, auf Grund der in der Öffentlichkeit festgestellten Tatsachen, betreffend die Dienstbauervorschriften, deren Durchführung doch vor allem die Sicherheit der Reisenden gefährden, einzugreifen. Die Eisenbahner, wie die Öffentlichkeit im allgemeinen haben das stärkste Interesse an der Regelung dieser Dinge. Hier muß also vor allem Wandel geschaffen werden.

Es steht weiter fest, daß infolge des Mangels an Personal die Dienstbauervorschriften nicht eingehalten werden können.

Auch über die Einhaltung derselben finden wir nichts in der neuen Verordnung. D o r p m ü l l e r hat noch im Dezember 1927 in einem Vortrag über die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben besonders den Beamtenabbau bei der Reichsbahn hervorgehoben und erklärt, daß 310 000 Beamte und Arbeiter entlassen werden sind. Trotz seiner Versicherung, daß nun der Abbau beendet sei, sind nach dieser Zeit weitere Entlassungen vorgenommen worden. D o r p m ü l l e r verteidigt seine Rationalisierungsmaßnahmen, indem er ausführte:

„Das verringerte Personal vollbringt, trotz verkürzter Arbeitszeit und verlängerten Urlaubs und trotz Einstellung von 21000 Arge-

beschädigten mindestens die gleiche Leistung, wie vor dem der angeschwollene Apparat.“

Man sieht, wie mit solchen Ausführungen die Öffentlichkeit getäuscht worden ist, denn nicht eine verkürzte, sondern eine Verlängerung der Arbeitszeit ist gleichzeitig mit dem Beamtenabbau eingetreten. Das Antreibersystem, bei welchem die Stoppuhr eine außerordentliche Rolle spielt, läßt es nicht zu, daß bei dem sehr stark reduzierten Personal der Reichsbahn die Dienstbauervorschriften eingehalten werden. Arbeiten die Eisenbahner trotzdem nach den Vorschriften, dann werden sie verfehlt, kommen in geringere Lohngruppen und sind zuerst reif zur Entlassung.

Die vom Reichsverkehrsminister erlassene Eisenbahn-Betriebsverordnung wird die Betriebssicherheit nicht in dem Maße herstellen, wie das notwendig ist, wenn nicht gleichzeitig die Frage der Arbeitszeit für die Eisenbahner geregelt wird. 35 Eisenbahnunfälle in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind die Folgen der Ausbeutungspolitik der Reichsbahnverwaltung, in erster Linie der rücksichtslosen Anwendung der Dienstbauervorschriften. Seit das System wirklich geändert werden, dann kann dies nur geschehen, wenn die Eisenbahner sich aufraffen und für die Beseitigung der bestehenden Mißstände und damit gleichzeitig für bessere Lebensbedingungen den Kampf führen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in ihrer Interpellation vom 16. Juni d. J. nachstehende Forderungen aufgestellt:

1. Die Beseitigung der Dienstbauervorschriften.
2. Einführung des Achtstundentages und der 45-Stunden-Woche.
3. Wiedereinstellung abgebauter Arbeiter und Beamten und Neueinstellungen von Arbeitern und Beamten unter Mitwirkung der Betriebs- und Beamtenträte zur Behebung der dienstlichen Überlastung der Reichsbahnarbeiter und -beamten.
4. Gewährleistung der Betriebssicherheit der Reichsbahn durch Abgabe bzw. Gehälter, welche die Dienstfähigkeit des Personals sichern.

Nicht durch Einsetzung von Inspektoren und Herausgabe von Denkschriften oder durch Erlass von nichtsagenden Verordnungen kann das Wortsystem der Reichsbahnverwaltung beseitigt werden, sondern nur durch die gemeinsame Kraft der Arbeiter- und Beamtenschaft, indem sie die vorstehenden Forderungen zu den ihrigen macht und sie im Kampfe verwirklicht.

800 Röhre können nicht weiter

Aus Cosel wird gemeldet: Seit mehr als drei Wochen liegen zwischen Cosel und Breslau zirka 800 Röhre mit Kohlen, Eisen, Interzen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf der Ober. Sie kommen infolge des niedrigen Wasserstandes, der teilweise unter das Minimum von 60 Zentimeter gesunken ist, nicht weiter. Ungefähr 3000 Schiffer warten auf das Steigen des Wasserpegels.

Gleiwitz

Gleiwitz hat 105 179 Einwohner. Der städtische Pressedienst Gleiwitz teilt uns mit: Ein jedes Anwachsen der Einwohnerzahl ist in Gleiwitz festzustellen. In normalen Jahren bewegt sich die Steigerung, und wer die Statistik über die Bewegung der Bevölkerung unserer Stadt aufmerksam verfolgt, der kann feststellen, daß mit jedem neuen Monat die Einwohnerzahl um einige Hundert anwächst. Auch der abgelaufene Monat Juli hat einen Zuwachs von 271 Personen, so daß Gleiwitz am 1. August die 105 000 überschritten und insgesamt 105 179 Einwohner zählte. Das Verhältnis der Zu- und Abgänge im Monat Juli zeigt folgendes Bild: Zugezogen sind 58 Familien mit 165 Köpfen, 413 ledige männliche, 338 ledige weibliche Personen, vier Witwer und 13 Wöwen. Verzogen sind: 34 Familien mit 204 Köpfen, 338 ledige männliche, 334 ledige weibliche Personen, fünf Witwer, elf Wöwen. Im Monat Juli landeten 611 Umzüge statt, und zwar sind 109 Familien, 266 ledige männliche und 236 ledige weibliche Personen umgezogen. Zur standesamtlichen Beurkundung kamen im Monat Juli 186 Geburten, und zwar 100 männlichen und 86 weiblichen Geschlechts, sowie 72 Sterbefälle, und zwar 34 männlichen und 38 weiblichen Geschlechts.

Hindenburg

Aus der Freidenkerbewegung. Am Sonntag, dem 10. August, 10 Uhr findet im Gewerkschaftshaus Zabrze eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Alle Genossen, welche ihre Mitgliedsbücher bis jetzt nicht abgeholt haben, bzw. mit der Beitragszahlung im Rückstand sind, müssen zu der Versammlung unbedingt erscheinen, um die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen.

Genosin Janocha gestorben. Am Montag, dem 18. August, verstarb die Frau des Genossen Janocha, Hindenburg, Guidostraße 10. Die Beerdigung findet am Donnerstag um 15 Uhr vom städtischen Krankenhaus aus statt. Sämtliche Genossinnen und Genossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Motorrad gegen Straßenbahn. In Zabrze stieß ein Motorradfahrer mit der Straßenbahn zusammen. Während er mit geringen Verletzungen davonkam, wurde sein Sozius schwer verletzt.

Beuthen

Gartenkonzert in Bisulph. Am Sonntag, dem 10. August, findet in Bisulph in Carus Garten ein Gartenkonzert statt, ausgeführt von der Beuthener Schalmeykapelle des RFB. Wir laden hiermit alle Sympathisierenden zu diesem Konzert ein. Anfang 18 Uhr.

Motorradunfall. Ein Schlosser aus Bobrel unternahm am Sonntag mit seiner Frau einen Ausflug auf dem Motorrad. Auf der Heimfahrt stieß das Motorrad zwischen Kollitzky und Riechowky gegen einen Baum, wodurch die Eheleute die Bschung hinunter in den Chauffeegraben geschleudert wurden. Die Ehefrau erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot, während der Ehemann schwer verletzt wurde.

Neustadt

Todessturz. Als der Bauer Fuchs aus Deutsch-Rastewitz das letzte Fuder einführ, scheute das Pferd und ging durch. Der Bauer wurde so unglücklich gegen eine Wand geschleudert, daß er mit dem Tode ringt.

Oppeln

Heraus zur Fahnenweihe in Neudorf!

Aus Neudorf wird uns geschrieben: RFB-Kameraden und Sympathisierende vom Untergau Oppeln. Die Ortsgruppe Rgl. Neudorf des RFB weicht am Sonntag, dem 10. August, ihre Fahne. Schwer haben die Genossen und Kameraden zu kämpfen in der Burg des berühmten Pfarrers Ogan. Bekanntlich will dieser alle Notizen ausrotten. Kommt und demonstriert mit uns und sorgt für zahlreiche Beteiligung.

Antreten um 14 Uhr an der Schule 11. Dortselbst nach dem Anzug und der Weihe Konzert der Schalmeykapelle Oppeln. Abends Tanz. Festplatte 10 Pfennig. Fahrradabfuhrung Gasthaus Edgyn.

Ost-Oberschlesien

Sprengstoffattentat. In der Nacht zum 13. August wurde in Radzionkau auf einem Grundstück, das von einer Anzahl deutscher Familien bewohnt wird, ein Sprengstoffkörper geworfen, der aber bei der Explosion nur Materialschaden verursachte. Die Katowitzer Wojewodschaftspolizei umstellte das Grundstück bis zum Eintreffen der Untersuchungskommissionen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Oppeln. Zelle Stadt. Freitag, den 17. August, im bekannten Sitzungssaal Zellerverammlung.
Roter Frontkämpfer-Bund
Rgl. Neudorf. Sonntag, 10. August, Fahnenweihe des RFB.
Sonstige Organisationen
Oppeln. Freidenker. Wichtige Mitgliederversammlung Sonntag 9,30 Uhr im Schützenhaus, Obervorstadt. Bericht von der Generalversammlung.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr:
Die große
Schwarz-Revue

Wissen Sie schon?
Musik von
Fritz Lehner

Schuhe
vom Einfachsten bis zum Eleganteren
2 Mark
wöchentlich. Abzahlung
Milche
Taurngienstraße 51

Inserate
haben in
unserer Zeitung
guten Erfolg

Direkt aus der Fabrik
unser berühmter alter
Breslauer 35% p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschmitt 2.80
la 38% per Liter . M.
Simbeerfaß per Ltr. M. 1.40
1 Liter = 2 1/2 Pfund.
Blutroter Südwine 1.25
kräftig u. süß, per Ltr. M.
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.
Häselstraße 48, Blücherplatz 17/18,
Michaelisstraße 3, Klosterstraße 64,
Leuthenstraße 10, Selenstraße 17

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Lanz-Fahrräder
Das Qualitäts-Rad für Sport und Beruf

10 Mk. Anzahlung, 3 Mk. wöch. Abzahlung
Besichtigung meiner Ausstellung erbe en!

Max Adam, Klosterstraße 38/32
Vorwerkstraße 78
Gegründet 1900

Creme Leodor
Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:
Bei Sonnenbrand ist Creme Leodor ein wundervoll wirkendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.
Bei Insektenstichen verhindert Creme Leodor, die aufgestrichen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.
Als Puderunterlage liefert Creme Leodor mit ihrem dezenten Blütengeruch vorzügliche Dienste.
Bei roten Händen und unehöner Hautfarbe verleiht die schönweihe Creme Leodor den Händen und dem Gesicht einen matten Teint, wie er der vornehmen Dame erwünscht ist.

Tube 60 Pf. und 1.- Mk., die dazugehörige Leodor-Seife Stück 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. Bei direkter Einbindung dieses Inzerates als Drucksache (Umschlag nicht zulassen) mit genauer und deutlich geschriebener Absenderadresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probeabgabe kostenlos durch Exp. Werke H. G., Dresden-R. 8 m 80 mm

Wilhelm Vogel
k a u f m a n
Schuhwaren aller Art
gut und preiswert
Friedr.-Wilh.-Str. 66 Gräbischer Str. 19/21

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Kurz-Weiß-, Wollwaren
Erwin Neumann
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

Achtung!
Gebrauchtes, gut erhaltenes **Violon u. Tenor-Instrument** verkauft **RFB-Ortsgruppe in Radzionkau**. Anfragen nimmt entgegen **Kamerad Alfred Zbiele** Radzionkau, Gartenstr. 7.

Schöne Vögel
die im Käfig gesund u. sangeslustig bleiben sollen, sichert einzig das so bewährte, vielfach preisgekrönte
Vogelfutter
von
Theodor Budall
Zwingerplatz 2
Filiale: Ring, jetzt Elisabethstraße Nr. 5, am Rathhaus
Markthalle 11, Gartenstrasse
Kaiser-Wilhelm-Strasse 72 an der Viktoriastrasse
Kaiser-Wilhelm-Str. 175, Kletnburg

Genossen! werbt für eure Breme!

Billige Arbeitshosen
Winter-Joppen
ganz preiswert
Anzüge, Pantalons
vom Lager und nach Maß in jeder Preislage
Adolf Stenger
Breslau I, Nikolaistr. 10 11
Telephon 40640
Postscheck-Konto Nr. 78005

Möbel
Küchen, komplett, 7-teilig
Schränke, poliert, 2-türig
Ausziehische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflegematratzen, u. alle Art Einzel- u. Kleinformel
Biener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Mühlstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

Zentrum

Zigarren - Zigaretten - Tabak
Wulfow Richter, Schmiedebrücke 56
84442

Plissee - Hohlaum - Stickerei
O. Krbit, Ohlauer Straße 67, II.
84624

Germann Kamroth, Gummierei 10
Fabrik feinsten Fleisch- u. Wurstwaren
84620

Fluß- und Seefische
Georg Pantke, Neue Taschenstraße 25a
84725

Teppiche
Gardinen und Möbelstoffe
K. Nitsche, Albrechtstr. 44/45, I. Etg.
84719

Gold- und Silberwaren
Parität
42 - Ohlauer Straße - 42
84623

S. Manneberg
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Goldenerabegasse 23
84444

Gebr. Friedrich
Mess- und Stahlwaren / Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Schmiedebrücke 24, Ecke Messergasse
84630

Dauerwäsche
kauft nur Ohlauer Straße 67 bei
Georg Friedel, neben Wurstschneider
84525

Fahrradhaus
Eximius
Reuschestr. 28
Niedrige Kassapreise :: Nierige Raten
Reparaturen
84618

Heinrich Nitsche
Likörfabrik
Brigitental 7 - Reuschestr. 54
Graupenstr. 13 - Gräbichener Str. 11
Kupferschmiedestr. 33.
84445

Besucht die
Adlergaststätten
84 539

Möbelfabrik Max Schreier
Wohnungseinrichtungen u. Einzelmöbel aller Art,
besonders für Siedlungs-Wohnungen. - Niedrige
Preise. - Gegen Kasse und auf Raten:
Bismarckstraße 32.
84 538

W. Kelling
Färbt - reinigt - wäscht
Alles für Alle
84618

MOBEL-BOTTA
gut und billig
Bismarckstraße 20
84523

Schuhhaus Schäfer
Neue Graupenstr. 7
Billigste Qualitätswaren
Reparatur-Werkstatt
84534

Uhren
Rosenthal
5 Neue Schweißnitzer Straße 5
84512

Optikermeister
Beste
Augenläser
Heidrich
Stadttheater gegenüber!
84623

Modehaus Tichauer
Kleider- und Mäntel-Fabrik
Schmiedebrücke 42, an der Uffulinerstraße
5% Rabatt beim Vorzeigen des Inserates
84 614

Konditorei u. Café M. Obst
Neue Taschenstr. 1a, Ecke Schweißnitzer Stadtgraben
- Westelgeschäft -
Treffpunkt - Angenehmer Aufenthalt
84618

Wo kauft man seine Ledersohlen
Bei **Gutsche** - Überall empfohlen
ALBERT GUTSCHE
Hauptgeschäft: Reuschestr. 20/31
Filialen: Gräbichenerstr. 10/21
Mollkestr. 14 / Bohrauerstr. 27
84 603

R. Karsunky & Co.
Möbel
Rosenthalerstraße 2, Ecke Matthiasstraße
84515

Ostdeutsches
Schuhwarenhaus
Schmiedebrücke 20
im **Nussbaum**
Gartenstrasse 68
Matthiasstrasse 140
84722

Teppiche / Gardinen
Größte Auswahl - Niedrigste Preise
Joh. Spanier & Sohn
Selt 1892 nur **Ohlauer Str. 45**
84622

Referiert Nr. 75
85106

Herrenhüte / Sportmützen
Niedrigste Preise
Richard Sprung, Ohlauer Straße 68
vis-a-vis Scheibe
84620

Emil Friesing / Joh. Aug. Kampf
Billigste Bezugsquelle für
Uhren, Gold- und Silberwaren
Albrechtstraße 5, Ecke Schmiedebrücke
84721

Hllz- und Strohhüte, Mützen
Servatius Böhm
41/42 Schweißnitzer Straße
Sez. 1885
84427

Brauerei und Ausschank
„Zur goldenen Marie“
Joh. G. Hüner, Breite Straße 39
Nur eig. Biere, anerkannt gute Küche
84726

HÜTE UND MÜTZEN
Gustav Thater
vorm. Niederlage d. Biegner Hutfabrik
Ohlauer Str. 88 Schmiedebrücke 49
84728

Brauerei und Ausschank
„Zum großen Meerich“
Inhaber E. Vogel
Breslau :: Reuschestr. 28
(1 Minute v. Römigplatz)
Ausschank nur selbstgebr. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch von 12-3
84449

Markthalle Gartenstraße
Ausschank Wurstfabrik
Markthalle Gartenstraße, Stand 14/15
84729

der Schokoladenkonsum, Herrm. Schirmak G. m. b. H.
zeigt Euch den Weg, wie gute Ware billig verkauft werden kann.
Filialen: Ohlauer Str. 50/54, Graupenstr. 12, Höfchenstr. 31, Friedrich-Wilhelm-Str. 34.
84 619

Ost

Zigarren-Haus C. Chamm
Feldstraße 45.
84709

Alfred Hoch
Klosterstraße 103
Fahrräder und Zubehörteile
Sprechapparate, proletar. Schallplatten
Zeitabrechnung
84754

Möbel-Koch Bequeme
Klosterstraße 14 Zellzahlung
Auswärts franko.
84 590

Richard Mann, Klosterstr. 35 / Geogr. 1869
Kittel. Beerdigungsinstitut
- Sorge in allen Preislagen -
Begräbnis-Vericherung
84712

Lebensmittelhaus Carl Stieber
Joh. Kuboff Bremer, Bahnhofsstraße 4
- 8 % Rabatt auf sämtliche Waren -
84654

Schuhwaren in großer Auswahl
bes. preiswürdige Schuhell. u. Genußschuhe
H. Stammwig, Feldstr. 21/23
84710

Zigarren
Zigaretten, Tabak
E. Betz
Vormerkerstr. 45
84556

Hugo Schmidt
Lauenhagenstr. 105
Haus- u. Küchengeräte
84554

Milch, Butter, Eier, Käse
Konrad Finster
Lauenhagenstraße 104
84553

H. Schlappe, Lauenhagenstr. 149 - Fahr-
räder, Sprechapp., Schallpl. - 5% Rab.
84590

Handarbeits-Schuhwaren A. Hanauische
Vormerkerstraße 5 - Gegründet 1875
84708

Speer - Vormerkerstraße 7
Fahrräder / Ersatzteile / Reparaturen
84513

Manufakturwaren und Wäsche
Paul Lorenz, Breslau, Bahnhofstr. 21
84711

Lebensmittel
Kolonialwaren
M. Kliche, Bf. Str. 17
8% Rabatt. 84705

Paul Stenzel
Klosterstr. 15, hpt.
Berufskleidung
Tel. 21 536. 84655

Speise-Eis
Müller
Lauenhagenstr. 140
84733

Wilhelm Böhm, Inhaber Wilh. Tasler
Bäcker, Konditor und Bestallgeschäft
Lößstr. 19
84706

Kaufhaus Tauentzien
Lauenhagenstr. 153
84707

bietet bei jedem Einkauf große Vorteile
Gustav Schmidt, Lauenhagenstraße 113
empfehle meine Fleisch- u. Wurstwaren
84553

Albert Kirchmann, Vormerkerstraße 46
Glaserie und Vibereinzählung
84557

Theodor Scholz - Klosterstraße 88
Waffereiprodukte, Obst, Kolonialwaren
84559

Medizinal-Druggenhaus
A. Binaz :: Ofene Straße 27
Chemikalien - Parfümerien - Farben
84653

Süd
Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte
Reinhold Schöppke
42 Gräbichener Straße
85480

Bäckerie und Konditorei
E. Eisner, Gräbichener Straße 18
84535

Seifen - Bürsten - Seilermwaren
A. Krida u. S., Gräbichener Straße 33
84537

Nich. Wenzel, Gräbichener Straße 20
Glaserhandlung, Glaserie und Silber-
einrahmung - Teilzahlung gestattet.
84724

Steffi Wiegand, Sonnenstraße 10
Lebensmittel aller Art
84780

Geschw. Bauch
Lederhandlung und Schuhbedarf
14 Gräbichener Straße
84511

Hüte und Mützen
Hermann Datt
Gräbichener Straße 12 / Telchstraße 24
84588

Mehl, Getreide, Futtermittel
Niederl. Clara-Mühle 2
Gräbichener Str. 43
84 510

Kolonialwaren
Delikatessen
Ernst Weib
Gräbichener Str. 43
84532

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3
84631

Gaststätte
Fritz Wittwoh
Sadowastraße 26
84562

Schirme, Stühle
Germann Langer, Gräbichener Str. 23
Reparaturwerkstatt
84599

„Verdichterscham“, Joh. E. Sauer
Gräbichener Straße 209
Angenehm. Aufenthalt f. alle Verhältnisse.
84590

Nord
Fritz Wäcker - Wäckermeister
Spezialität: Wehl, Vogelputz, Schmecken
Reuschestr. 35
84610

Fritz Simon, Bismarckstraße 4
Kolonialwaren
84611

Breslau's bedeutendste Emmermannschaft
für Fuß- und Motorräder
H. Kiebaschke :: Matthiasstraße 56
85309

Bäckerie und Konditorei
Johann Mitofsky, Heinrichstraße 19
85312

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Spizkoffen
Paul Sannert, Hundsfelder Str. 92
84932

Fache Qualitätsmarken sind den führenden Marken des In- u. Auslandes ebenbürtig.

Brieg

Fleisch- u. Wurstwaren
Fritz Wiedert
Reuschestr. 1
84 508

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Karl Märgner
Paulauerstraße
84 603

Kauft im Kaufhaus
S. Jablonowsky
84592

Franz Dohlaßki - Paulauer Straße 23
Milch - Butter
84601

Fahrräder - Nähmaschinen
Geschn. Günther, Paulauer Straße 9
84602

Rechenmittellhaus A. G. Pöschel - Joh.
Kraus Kolfer - Lange Str. 10, Marktstr. 3,
Ring 4 - Bekannt f. beste Waren z. bill. Preisen
84593

Empfehle
H. Fleisch- und Wurstwaren
Walter Parfisch, Doppelauer Straße 30
84600

Referiert

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Otto Gräbich, Mühlstraße 4
84603

J. Benjamin
Joh. S. Müller, Ring, Ecke Zollstraße
bekannt für gute Waren z. bill. Preisen
84511

Zigarrenhaus
Zigaretten - Rauch- und Pantabak
A. Beste, Zollstraße 23
84512

MIFA-FAHRRÄDER
Jr. Gruppe, Pflanzstraße 3
Motorräder / Sprechapparate / Näh-
masch. / Sportartikel / Reparatur-Werkst.
84604

Spezialgeschäft für Reinigungs- und
Beleuchtungsartikel **G. Ruppel**, Ring 14
84599

F. & M. Simon, Ring 11
Kolonialwaren
84610

Peisterwitz
Drogerie Feinparfüm / Drogen und
Farben / Hans Hüner, Hauptstraße 26
84612

Ohlau

Schuhhaus
Hans Jablonowsky
Brieger Straße Nr. 25
84426

Fahrräder - Nähmaschinen - Zubehörteile
Paul Groß
84437

Beaumartin, Dresdner - Gräbichener Str. 3
84438

Seifen, Wasch- und Toilettenartikel
Friedrich Stantke, Breslauer Straße 4
84482

Oswald Bierfel, Ring 10
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84478

Herren- und Damenbekleidung
Schuhwaren
Julius Rosenbaum :: Ring 11
84474

KAUFHAUS RIESENFELD
J. Hermann Ruppel
Ring 7 Billige Bezugsquelle Tel. 198
84475

MODEHAUS
P. Glaser G. m. b. H.
Herren- u. Damenbekleidung
84476

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
kauft man reell und billig
Georg Gaedel :: Ring 15
84480

Karl Roßdeutscher
Hüte / Mützen / Herrenartikel
Breslauer Straße 3
84481

„Oderschüsschen“
Joh. D. Drieschner
Großer Ballsaal und Konzertgarten
84484

Karl Kreusel, Söhne
Möbelfabrik
Beerdigungsinstitut
84473

Färberei Brenner
färbt - reinigt - plüßert
Schnellste Lieferung
84483

MOTORFAHRZEUGE
Fahrrad-, Nähmaschine-, Grammophon-
Abalbert Eitel :: Ring 14
84479

Schuhwarenhaus
ROBERT SCHOLZ
Ring 44
84477

... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Rat und Auskunft beim Gaswerk
84488

Strehlen
F. SKUPIN :: RING 4
Kolonialwaren - Weinstube
84698

Fritz Berndt, Münsterberger Straße 7
Uhrmachermeister und Optiker
84695

Carl Stopp :: Wasserstraße 14
Manufakturwaren - Konfektion
84694

G. Piehl :: Große Kirchstraße 14
Polsterwaren / Möbel
84693

Oskar Kleiner, Schulpl. 14 15
Uhren und Goldwaren
Fahrräder und Nähmaschinen
Sprechmaschinen und Schallplatten
84692

„Für den sozialdemokratischen Hausgebrauch bestimmt“

Ein schleifisches Zentrumsblatt über die faulen Ausflüchte der Panzerkreuzer-Regierung Der Trost der „Linten“ in der „Volkswacht“

Der Entzweiungsturm in den Reihen der Arbeiterschaft, die Rebellion innerhalb der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler gegen den Panzerkreuzerbau durch die Regierung Hermann Müllers hat das Koalitionskabinett zu einer halbamtlichen „Erklärung“ veranlaßt. Diese bemüht sich verzweifelt, die Bedeutung des Regierungsbeschlusses vom 10. August durch Ablenken auf nebensächliche Dinge zu verkleinern. Sie gesteht aber gleichzeitig ein, daß die SPD-Minister nicht die geringsten politischen Bedenken gegen den Panzerkreuzerbau und die gesamte Rüstungspolitik der Bourgeoisie vorgebracht.

In der Erklärung heißt es:

„Die Frage des Baues oder Nichtbaues des Panzerschiffes A war bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts 1928 durch Reichstag und Reichsrat positiv erledigt. Der Reichsrat hätte es durchaus in der Hand gehabt, den positiven Beschluß zu verhindern. Hätte er nämlich Einspruch eingelegt, so wäre die dann erforderliche qualifizierte Mehrheit im Reichstag mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nicht erzielt worden. Einen solchen Einspruch hat aber bekanntlich der Reichsrat nicht eingelegt, sondern lediglich eine von Preußen vorgeschlagene Entschließung angenommen, die die Billigung des Reichswehrministers gefunden hatte. Diese Entschließung erstrebt lediglich eine nochmalige finanzielle Nachprüfung der Möglichkeit des Baues und sah ferner vor, daß bis nach Abschluß dieser Prüfung, jedenfalls bis zum 1. September d. J., der Bau nicht in Angriff genommen werden sollte. Die finanziellen Möglichkeiten sind auf das sorgfältigste nachgeprüft worden. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Schwierigkeiten für den laufenden Etat 1928 durch die erste Bau-rate für das Panzerschiff nicht entstehen (!). Bezüglich der künftigen Jahre ist auf Grund der Prüfungen und auf den eigenen Vorschlag des Reichswehrministers vom Kabinett festgelegt worden, daß Ersatzbauten der Marine unter allen Umständen nur innerhalb der Höhe des jetzigen Marineetats ausgeführt werden dürfen. Es ist also erreicht worden, daß in Durchführung des Weiterbaues des Panzerschiffes A die weiteren Bau-raten evtl. (!) bei den Anläufen für andere Ersatzbauten in Abzug gebracht werden müssen. Dann aber ist schließlich — worauf ganz besonders Wert zu legen ist — ausdrücklich festgelegt worden, daß der Beginn des Baues des Panzerschiffes A in gar keiner Weise künftigen Entscheidungen über die Panzerschiffe B, C und D vorgeht. Im Gegenteil war das Kabinett mit dem Reichswehrminister einstimmig der Auffassung, daß diese Frage selbstverständlich wie alle anderen Fragen künftiger Reichsetats ihre ordnungsmäßige parlamentarische Erledigung finden muß. Nach alledem kann also gar keine Rede davon sein, daß irgendein Kabinettsmitglied in die Notwendigkeit ver-setzt worden sei, seinen materiellen (!) Standpunkt in der Panzer-schiff-Frage aufzugeben.“

Diese Erklärung ist ein wahrhaft klägliches Gestammel!

Erstens geht aus ihr hervor, daß die SPD-Führer keine politischen Einwände gegen die neuen Rüstungsausgaben vorgebracht haben.

Zweitens sieht man, daß sie auch in der materiellen Frage kapituliert haben, denn sie sind nicht nur für die 800 Millionen Ausgaben des Reichswehr- und Marineetats, sondern in der Erklärung der Regierung steht wörtlich, daß die weiteren Bau-raten des Panzerkreuzers „eventuell“ eingepart werden sollen. Also nur „eventuell“!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt des Außenministers Stresemann, schreibt zur Regierungserklärung:

„In einem geht die obige Auffassung ganz sicher fehl: Un-zweifelhaft hat der jetzige Kabinettsbeschlus den Grund zum Bau auch der übrigen geplanten Panzerschiffe gelegt. Das ist ein un-bezweifelbares Verdienst des jetzigen Kabinetts, das auch die sozia-listischen Minister nicht von sich abwenden können.“

Ehre, dem Ehre gebührt! Die Trustbourgeoisie zollt ihren sozial-patriotischen Lakaien die verdiente Anerkennung.

Die „Schlesische Volkszeitung“, das Organ der Zen-trumspartei, schreibt den sozialdemokratischen Koalitions-genossen folgendes ins Stammbuch:

„Die schlesische „Arbeiter-Zeitung“ erinnert demgegenüber daran, was die sozialdemokratische Wahlzeitung vor wenigen Mo-naten schrieb: „Erst der kommende Reichstag wird also endgültig zu entscheiden haben, ob der Panzerkreuzer wirklich gebaut wird. Noch ist es also Zeit, zu verhindern, daß solche Riesensummen für militärische Zwecke verausgabt werden, während für soziale Zwecke kein Geld vorhanden ist. Die Sozialdemokratie fordert, daß auch bei den Heeresausgaben Rücksicht auf die Not der breiten Massen genommen wird. Erst Brot, dann Kriegsschiffe.“

Die Sozialdemokraten sind also tatsächlich Gefangene ihrer eigenen Demagogie. Statt nun sich entschlossen von den Wahl-phyrazen frei zu machen und sich resolut auch auf die Pflichten um-zustellen, die eine so starke Regierungsmacht fordert, statt also den Wählern die Wahrheit zu sagen, statt dessen redet man weiter um den Kern der Sache herum, spricht von einer Zwangslage der sozialdemokratischen Minister und möchte am liebsten gar noch das Zentrum für den Beschluß der eigenen Leute verantwortlich machen. So malt der famose „Sozialdemokratische Pressebericht“ eine Kabinettskrise an die Wand für den Fall, daß die Linke-Minister den Panzer verweigert hätten. Das sind jedoch sehr faule Ausreden.“

„Für den sozialdemokratischen Hausgebrauch ist auch die halbamtliche Erklärung bestimmt, welche sich mit der Abstimmung des Kabinetts befaßt, in dem ja bekanntlich die — bei der Wahl panzerschiffseindliche — Linke die absolute Mehrheit hat. Diese offiziöse Darstellung, in der die sozialdemokratische Federführung ununterbrechbar hervortritt, ist wohl auch mehr auf Abwehr kommunistischer Angriffe berechnet. Denn die bürgerlichen Parteien könnten sich ja nur freuen, wenn die Sozialdemokraten den Weg zur vollen Verantwortlichkeit zurückgefunden haben.“

Für den Hausgebrauch in der SPD. bestimmt, das ist eine durch-aus zureichende Kennzeichnung der Regierungserklärung. Das Beh-der sozialdemokratischen Minister will es aber, daß diese Regierungs-erklärung trotz ihrer Bestimmung für den Hausgebrauch sich als ungeeignet erweist. Die „Volkswacht“ schreibt:

Wir wollen uns deshalb auch gar nicht mehr mit der gestern herausgegebenen offiziellen Erklärung zum Bau des Panzerschiffes auseinandersetzen, zumal sie nur die falschen Argumente wieder-holt, die am Tage vorher der „Sozialdemokratische Pressebericht“ anführte. Von Interesse ist lediglich die Mitteilung, daß im Reichskabinett bei der Beratung ausdrücklich festgelegt worden sei, daß der Beginn des Baues des Panzerschiffes A in gar keiner Weise künftigen Entscheidungen über die etwaigen Panzerschiffe B, C und D vorgeht. Im Gegenteil war das Kabinett mit dem Reichswehrminister der Auffassung, daß diese Fragen selbstver-ständlich wie alle anderen Fragen künftiger Reichsetats ihre ord-nungsmäßige parlamentarische Erledigung finden müssen.“

Wenn sich das bewahrheiten sollte, läge darin allerdings wenigstens ein gewisser Trost, er ist aber nur sehr gering, da solche Festlegungen die Parteien ja doch nicht binden und da man diesem Satz nur allzu deutlich anmerkt, daß er als Beruhigungsmittel ge-dacht ist.“

Befehdende Lumpen, die sozialdemokratischen „Linten“ in der Dres-lauer SPD. und der „Volkswacht“-Redaktion! Sie trösteten sich damit, daß ihre Minister „nur“ die Kleinigkeit für den Panzerkreuzer A be-willigt haben und nicht gleich die ganze Serie in Höhe von einer halben Milliarde. Doch gemacht, edle Lords! Wer A sagt, muß auch B und schließlich O und W sagen. Die Konsequenz der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A wird, wie bereits betont, die Bewilligung weiterer Panzerschiffe zur Folge haben. Im übrigen zeigt der „Trost“ der „Volkswacht“ den sozialdemokratischen Arbeitern, was sie von der molluskenhaften „Opposition“ ihrer linken Führer zu er-warten haben.

Ein großer Tag des internationalen Arbeiterportes

Die Eröffnung der Moskauer Spartakiade — Die ersten Wettkämpfe — Grobartige Leistungen der Sowjetrussen

Von Alfred Thomas, z. B. Moskau

Der letzte Sonntag war für die internationale Arbeiterport-bewegung von großer Bedeutung, marschierten doch in Moskau die Bataillone der internationalen Arbeiterportbewegung zu einer gewaltigen Parade auf. Nach Amsterdam — Moskau! Dort wurden einige wenige künstlich gezüchtete Kanonen vorgeführt, hier sollte Massenport gezeigt und durch die Demonstration seines Könnens für ihn gewonnen werden.

Ohne Übertreibung kann man sagen, daß das am Sonntag glänzend gelungen ist. Am Morgen rückten von allen Seiten nach dem Roten Platz die Jüge der Sportler an. Als die ausländi-schen Delegationen dort eintrafen, brach ein Begeisterungsturm los, wie wir Deutsche ihn noch nicht erlebt. Aus allen Ecken des riesenhaften Platzes dröhnten die Hurra-Rufe der russischen Genossen und Genossinnen.

Nach den Ansprachen defilierten die vielen Tausende am Gra-be Lenins vorbei. Trauernd senkten sich die Fahnen! Wenn Lenin gesehen hätte, welche kraftvolle, selbstbewusste Jugend in dem Ruhland lebt, das er zum Siege über den Kapitalismus führte! Lenin lebt jedoch nicht mehr. Aber an der Stelle, wo sein Körper ruht, stimmten die Vertreter von Millionen von Arbeiterportlern der Sowjetunion und weiterer 12 Länder aus allen Teilen der Welt begeistert in die Hymne auf die internationale Einheit der Arbeiter-klasse, auf die proletarische Revolution ein, und bewiesen damit, wie groß die Zahl derer ist, die den Weg, den Lenin wies, zum siegreichen Ende gehen wollen.

Einer der prächtigsten Augenblicke der Demonstration war der Vorbereitungs- und „Arbeitermehren“-proletarische Jugend beiderlei Geschlechts, das Gewehr mit dem Bajonett auf dem Rücken. Wohl keiner zweifelte daran, daß in der Hand dieser Jugend das Gewehr eine Waffe ist, die im entscheidenden Augenblick gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, ganz gleich, in welchem Lande er steht, gerichtet sein wird.

Der Nachmittag des Sonntags brachte die ersten bedeutenderen Wettkämpfe. In nicht weniger als fünf Stadien wird in den nächsten Tagen das weitere sportliche Programm abgewickelt werden. Gegenüber dem starken, ausgezeichneten Sportlermaterial der Sowjet-union haben die Ausländer wenig Aussicht. Prachtvoll zum Beispiel, diese russischen Läuferinnen zu sehen. Mit eiserner Energie schneilen sie beim Startlos empör, erbittert bis zum Ziel kämpfend. Moskau oder Leningrad ist hier wie wohl bei allen anderen Sportarten die große Frage. Die Arbeiter auf den Tribünen feuern die Sportler an. Hier herrscht eine Anteilnahme an den Vorgängen auf der Kampfbahn, daß man staunen muß. Denn dort unten laufen, springen, fahren ja keine Königs-, Ritters oder andere „Kanonen“, mit deren Namen übelste Sen-sation getrieben wurde, sondern junge Arbeiterinnen und Arbeiter, von denen man kaum weiß, wer sie sind. Aber sie kämpfen! Und deswegen schreit und tobt alles auf der Tribüne. Wenn ein „Fremder“ (ein sinnloses Wort im roten Moskau) gewonnen hat, ist der Jubel fast noch größer, als bei den „Eingeborenen“. Da war z. B. der Vorlauf im Mannschaftsfahren der Radfahrer, der den Deutschen durch ausgezeichnetes Fahren gewann. Minutenlang tobte der Beifall über die stark besuchte Rennbahn. Oder im Tomski-Stadion siegte bei den leichtathletischen Kämpfen im Hoch-sprung der Norweger Geissegen mit der glänzenden Leistung von 1,85 Meter. An 20 000 Zuschauer jubelten ihm in ehrlicher Begeisterung, nicht der Person, sondern der Sache wegen, der er dienste, zu. Wenn man das alles sieht und hört, begreift man voll-kommen, daß der Arbeiterport durchbrungen ist von der großen

Gemeinschaftsidee des Sozialismus, ja, daß er bereits deren Ver-lörperung darstellt.

Soweit wir uns nicht auf den Moskauer Sportplätzen befinden, benutzen wir die Zeit zu Besichtigungen, Spaziergängen usw. Wir waren schon im Club der Roten Armee, wo vor 3000 An-wesenden Bericht über die Vorbereitungen der Spartakiade erstattet wurde, hörten den Jubel der Rotarmisten, mit dem sie den großen Führer der früheren roten Partisanentruppen des Kaukasus begrüß-ten, und gingen dann, vollkommen unangemeldet, die Armeesport-hallen besichtigen. (Unsere Sportler wurden dabei fast neidisch!)

Die nächsten Tage bringen Besichtigungen von Fabriken, Theatern, Museen und des Lenin-Mausoleums. Interessante Struben stehen uns bevor. Hinzu kommt das reizvolle Kältegemisch, das in diesen Tagen in Moskau besonders auffällig ist. Es sind wirklich schöne Tage, die wir hier erleben!

Gerichtsurteil gegen Bartelmann und Dohlschlager

Berlin, 15. August. (Eig. Drahtb.) Die unter schwindelhaften Be-hauptungen erwirkte einstweilige Verfügung durch die die Bartelmann und Dohlschlager sich widerrechtlich in den Besitz der Räume des Ar-beiter-Sport- und Kulturartells Groß-Berlin setzten, wurde durch Urteilsvorkündung des Amtsgerichts Berlin-Mitte am 13. August aufgehoben. Dohlschlager wurde zur Tragung sämtlicher Gerichts-kosten verurteilt und muß das Eigentum der Berliner Arbeiterportler den rechtmäßigen Besitzern wieder ausliefern. — Unabhängig von diesem gerichtlichen Urteil gegen Dohlschlager und Bartelmann werden die Arbeiterportler den Kampf gegen die sozialdemokratischen Spalter weiterführen, um die Geschlossenheit und Einheit der Arbeiter-sportbewegung wieder herzustellen. Es gilt, alle Manöver der SPD und ihrer Beauftragten zunichte zu machen und alle Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht der Vereine und ihrer Mitglieder abzuwehren!

Teilamnestie für Braun und Benario

III. Leipzig, 15. August. Der Ferien Senat des Reichsgerichts hat auf Grund des Amnestiegesetzes das wegen versuchten Hochver-rats eingeleitete Strafverfahren gegen den Kommunisten Otto Braun und die Stenotypistin Olga Benario aufgehoben. Die Teilamnestie bezieht sich aber nicht auf die in Berlin-Moabit durch-führte Untersuchung. Das wegen dieser Verurteilung eingeleitete Straf-verfahren nimmt seinen Fortgang.

Leipzig, 15. August. (Eig. Drahtb.) Der Ferien Senat des Reichs-gerichts hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das gegen den Kom-munistischen Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“, Adolf Rembte, schwebende Hochverratsverfahren einzustellen. Die Ober-reichsanwaltschaft hatte Genossen Rembte wegen einiger Artikel, die in der „Hamburger Volkszeitung“ erschienen, unter Anklage gestellt.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Domdröhl, für „Gewerkschaften“ und „Berichte im Kampf“ und „Waldburg“ Wilhelm Dietrich, für „Dreslau“ „Wächter“ und die übrigen Beilagen Friedrich Hüls, sämtlich in Breslau. Für den ober-schlesischen Teil Theodor Biele, Gleiwitz. — Für Inzertate H. Becker-Breslau

